



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preitzelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die Opfer der Arbeit. — Gegen die Zuchtanordnung. — Korrespondenzen (Münster S.-W., Braunschweig, Bremen, Köln a. Rh., Dresden, Erfurt, Freiburg i. B., Hannover, Selbstbrunn, Kaufbeuren, Mainz). — Literatur. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. **Beilage:** Die Kampfmittel der Unternehmer. — Rundschau.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

In der Kunstanstalt „Graphia“ in München hat am Dienstag, den 25. Januar, das Steindruckerei-Hilfspersonal die Arbeit niedergelegt. In Frage kommen 39 Kolleginnen und 4 Kollegen.

Ursache des Konflikts ist die Weigerung der Schutzverbandsfirmen, über den von den graphischen Berufsgruppen eingereichten Tarifentwurf in Verhandlungen einzuwilligen.

Zuzug von Steindruckerei-Hilfspersonal nach München ist streng fernzuhalten!

Der Ausstand der Dresdner Kolleginnen dauert unverändert fort.

Zuzug von Buch- und Steindruckerei-Hilfspersonal nach Dresden und Umgebung ist streng fernzuhalten.

Der Verbandsvorstand.

J. A. Paula Thiede, Vorsitzende.

## Die Opfer der Arbeit.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften aus dem Jahre 1908, die wiederum erst jetzt dem Reichstage zugestellt sind, haben ein besonderes Interesse deshalb, weil sie zeigen, in welcher Weise die wirtschaftliche Krise die Zahl der Betriebsunfälle beeinflusst hat. Die eine Folge der wirtschaftlichen Krise ist die, daß im Jahre 1908 die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen kleiner, als im Vorjahre war, während sonst eine Zunahme eingetreten ist. Die Abnahme sehen wir sowohl in der Zahl der durchschnittlich versicherten Personen: 8917 772 zu 9 018 367, als auch in der Zahl der sogenannten Vollarbeiter = 300 Arbeitstage: 7 868 531 zu 7 869 421. Dagegen ist die Zahl der in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Betriebe von 673 118 im Vorjahre auf 696 824 gestiegen.

Je weniger Personen von der Versicherung erfasst werden, desto geringer muß auch bei sonst gleichbleibenden Umständen die Zahl der verunglückten Personen sein. Das trifft in der Tat für die Zahl der Verletzten zu, für die im Laufe des Jahres bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften Unfallanzeigen erstattet worden sind. Die

Zahl ist von 465 224 im Jahre 1907 auf 461 091 im Jahre 1908 zurückgegangen. Der Rückgang ist sogar etwas größer, als der Rückgang in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter, denn auf 1000 Vollarbeiter kamen im Jahre 1907 noch 59,12 angemeldete Unfälle, dagegen im Jahre 1908 nur noch 58,61.

Die Zahl der schwereren versicherungspflichtigen Unfälle, d. h. der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 75 370 im Jahre 1907 auf 74 581 und von 9,58 pro Tausend beschäftigte Vollarbeiter auf 9,48 gefallen. Hier ist die Abnahme auf 1000 beschäftigte Vollarbeiter nicht ganz so groß, wie bei der Zahl der gemeldeten Unfälle. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle mit tödlichem Ausgang ist von 6078 auf 5939 und von 7,72 pro Tausend Vollarbeiter auf 7,59 gefallen.

Wir haben also nicht nur einen absoluten, sondern auch einen relativen Rückgang, d. h. die Abnahme in der Zahl der Unfälle ist größer, als die Abnahme in der Zahl der beschäftigten Vollarbeiter. Diese an sich erfreuliche Tatsache ist aber zugleich eine dringende Mahnung in Bezug auf die Unfallverhütung. Denn sie bestätigt, daß die Hast der Arbeit, wie sie bei gutem Geschäftsgange von den Betriebsleitern gefordert wird, die Gefahren der Arbeit vergrößert, manchen Betriebsunfall verschuldet. Außerdem wirkt offenbar in derselben Richtung der Umstand, daß bei gutem Geschäftsgange gewissenlose Betriebsleiter noch nicht eingearbeitete Arbeiter zu gefährlichen Arbeiten heranziehen. Nur so ist die größere relative Zahl der Unfälle im Jahre 1907 zu erklären.

Beachtenswert sind die Zahlen der verunglückten Arbeiterinnen und Arbeiterkinder. Von den Personen, für die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, waren 308 Mädchen unter 16 Jahren gegen 278 im Vorjahre, 2499 Knaben unter 16 Jahren gegen 2473 im Vorjahre, 2747 Arbeiterinnen über 16 Jahre gegen 2755 im Vorjahre und 69 027 männliche Arbeiter über 16 Jahre gegen 69 864 im Vorjahre. Mithin ist der Rückgang in der Zahl der Unfälle bei den männlichen Arbeitern über 16 Jahre verhältnismäßig größer, als bei den Arbeiterinnen über 16 Jahre; bei den Kindern aber ist die Zahl der Unfälle sogar größer geworden. Die Zunahme ist wiederum bei den Mädchen größer als bei den Knaben. Das bestätigt die Tatsache, daß manche Betriebsleiter, die unter dem Druck des schlechten Geschäftsganges ihren Betrieb einschränken mußten, möglichst männliche Arbeiter über 16 Jahren entlassen, und Arbeiterinnen und Kinder noch mehr als bisher bei gefährlichen Arbeiten verwendet haben. Dies ist um so wahrscheinlicher, da sich die auffallende Zunahme in der Zahl der verunglückten Arbeiterinnen und Kinder nur in den gewerblichen Berufsgenossenschaften zeigt.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften können wir nicht die Zahl der Unfälle

mit der Zahl der beschäftigten Arbeiter vergleichen, da letztere nicht genau ermittelt wird. Hier begnügt sich das Reichsversicherungsamt ebenso wie bei den Zahlen der versicherten landwirtschaftlichen Betriebe mit Schätzungen, die an der Hand der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vom Jahre 1907 vorgenommen worden sind. Danach ist die Zahl der versicherten Betriebe von 4 710 401 im Vorjahre auf 5 434 100 und die Zahl der versicherten Personen von 11,2 Millionen auf 17,2 Millionen gestiegen. Die große Zunahme wird durch den Hinweis darauf erklärt, daß die früheren Feststellungen auf die Berufszählung gestützt werden mußten, während nunmehr die Betriebszählung auch über das beschäftigte Personal usw. nähere Angaben enthält. Jedoch sind die tatsächlichen Veränderungen vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1908 in der Zahl der in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen wahrscheinlich nicht bedeutend. Das muß zur richtigen Würdigung der jetzt folgenden Zahlen beachtet werden.

Die Zahl der angemeldeten Betriebsunfälle ist bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften von 141 975 im Jahre 1907 auf 143 175 gestiegen. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 62 673 im Jahre 1907 auf 61 609 gefallen. Die Zahl derjenigen dieser Unfälle aber, die den Tod des Verunglückten zur Folge hatten, ist aber von 2843 im Jahre 1907 auf 2980 gestiegen. Auffallend ist es, daß die Zahlen sowohl der gemeldeten Unfälle als auch der Unfälle mit tödlichem Ausgang nicht unbedeutend gestiegen sind, während die Zahl der von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entschädigten Unfälle eine Abnahme aufweist. Die Befürchtung liegt nahe, daß die Abnahme auf die größere Findigkeit mancher Berufsgenossenschaften in Bezug auf Gründe für die Ablehnung der Entschädigung zurückzuführen ist.

Von den staatlichen Aufsichtsbehörden waren 669 135 Vollarbeiter beschäftigt gegen 662 127 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 49 864 im Jahre 1907 auf 52 275 und von 75,31 pro 100 Vollarbeiter auf 78,12 gestiegen. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, sind von 4804 im Jahre 1907 auf 5019 und von 7,26 pro 1000 Vollarbeiter auf 7,50 gestiegen. Ebenso ist die Zahl der entschädigten Unfälle mit tödlichem Ausgang von 708 im Vorjahre auf 768 gestiegen.

Von den Provinzial- und Kommunal-Aufsichtsbehörden waren 70 937 Vollarbeiter beschäftigt gegen 67 950 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 2770 im Jahre 1907 auf 2781 gestiegen; aber auf 1000 Vollarbeiter kamen nur 39,20 angemeldete Unfälle gegen 40,77 im Vorjahre. Die Zahl der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male eine Entschädigung gezahlt worden ist, ist von 509 im Vor-

jahre auf 507 und von 7,49 pro 1000 Bollarbeiter auf 7,15 gefallen.

Für die Versicherungsanstalten fehlen die Zahlen der versicherten Arbeiter. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist hier von 3068 auf 2999 und die Zahl der zum ersten Male entsehbängten Unfälle ist von 1347 auf 1249 gefallen. Hier handelt es sich um die Regiebauten. Fraglos sind auch bei diesen infolge der schwächeren Bautätigkeit weniger Arbeiter als in dem Vorjahre beschäftigt gewesen. Das erklärt die Abnahme in der Zahl der angemeldeten und der zum ersten Male entsehbängten Unfälle.

Im ganzen ist die Zahl der angemeldeten Unfälle von 662 901 im Jahre 1907 auf 662 321 gefallen, die Zahl der Unfälle, für die im laufenden Jahre zum ersten Male Entsehbängung gezahlt wurde, ist ebenfalls von 144 703 im Jahre 1907 auf 142 965 herabgegangen. Aus unserer genaueren Betrachtung der Veränderung in der Industrie, der Landwirtschaft und den Staatsbetrieben ergibt sich aber, daß der Rückgang namentlich dort eingetreten ist, wo die wirtschaftliche Krise eine Abnahme in der Zahl der beschäftigten Personen herbeigeführt hat. Es ist daher zu befürchten, daß der bessere Geschäftsgang uns nicht nur eine größere Zahl versicherter Arbeiter und damit eine absolute Steigerung der Unfallziffern, sondern auch mit der größeren Haft bei der Arbeit eine relative Zunahme, eine größere Unfallgefahr wieder bringen wird. Dies muß auch den letzten Arbeiter ansprechen, alle Kraft einzusetzen, um eine wirksame Unfallverhütung zu erreichen.

## Gegen die Buchdruckordnung.

Die willkürlichen Anhänger bei der Durchführung seiner scharfmacherischen Pläne hat der Provokationsverband Deutscher Steinrudereibesitzer jederzeit in Nürnberg-Fürth gefunden. So auch jetzt bei dem Versuch, die Bestimmungen der neuen Gewerbeordnung wirkungslos zu machen und jenes Schandwort von Arbeitsordnung einzuführen. Im übrigen Deutschland sind es nur vereinzelte Unternehmer, die dem Provokationsverband in dieser Beziehung Gefolgschaft leisten, in Nürnberg sind es mit Ausnahme von zwei Firmen alle, die ihrem Personal zumuten, sich unter das laubdünne Joch zu beugen. Nun ist aber selbst den bis jetzt so geduldeten Nürnberg-Fürther graphischen Arbeitern die Sache zu bunt geworden. Was die besten Agitationsreden und -schriften nicht vermochten, das hat der freche Angriff der Scharfmacher zustande gebracht; geschlossen steht die Masse in ihren Organisationen und ist stündlich bereit, zum Schlag auszuholen, um das elende Nachwort ihrer Ausbeuter zu vernichten.

Nachfolgende Berichte geben ein Bild über die Stimmung der graphischen Arbeiterschaft in jenen Orten und mögen denen in letzter Stunde zu denken geben, die bis jetzt den Schuldsschaden der Masse auf das Äußerste angespannt haben.

Ueber die am Mittwoch, 26. Januar, in Nürnberg in den Zentralfälen (Wedengarten) stattgefundene allgemeine Versammlung aller in Kunstanstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen geht uns nachstehender Bericht zu: Beide Säle waren überfüllt, so daß man wohl die Besucherzahl auf 2500 schätzen kann. Es war eine große Versammlung, wie eine solche im graphischen Gewerbe noch nie zu verzeichnen war. Der vom graphischen Kartell beauftragte Referent, Bezirksleiter Weinländer, betonte einleitend: „Wenn bei dieser ganz besonders komplizierten Bewegung sonstige praktischen Erfolge nicht zu erringen sein sollten, so habe die ausgehängte Zuchtordnung doch einen nicht zu unterschätzenden Erfolg jetzt schon aufzuweisen, indem die graphischen Berufsgruppen gründlich aufgewöhnt und zu einer festen Masse zusammengeschweißt wurden. Diese augenblicklich vorherrschende Solidarität müsse immer so bleiben, dann werde man in Zukunft derartige Knebelungsversuche nicht mehr wagen. Zur Situation ist folgendes zu sagen: Die Arbeitsordnung wäre leider vorläufig in Kraft. Die Auffassung maßgebender Stellen, daß die Arbeitsordnung erst Gültigkeit erlange, nachdem sie von der unteren Verwaltungsbehörde nachgeprüft sei, erwies sich leider als irrig. Auch bei dieser Gelegenheit hat sich wieder deutlich gezeigt, wie man gelblich die Gesetze im Reich der Gottesfurcht und

frommen Sitte beschaffen sind. Ein Paragraph wirft den anderen über den Haufen. Die Verwaltungsbehörde hat also nicht das Recht der Genehmigung, sondern lediglich das der Nachprüfung.

Auch der § 137 Absatz 2 weist eine ganz bedenkliche Lücke auf. Dort steht wohl geschrieben, daß Arbeiterinnen an Samstagen und Vorabend von gesetzlichen Feiertagen längstens 8 Stunden beschäftigt werden dürfen und Arbeitschluß nachmittags 5 Uhr erfolgen muß. Da müßte zum allermindesten noch eine Bestimmung geschaffen werden, daß die Stunde von Samstagen nicht an einem anderen Wochentag nachgeholt werden darf. Die Gewerkschaften müssen ja immer die praktische Durchführung erlassener Gesetze zum Schutze der Arbeiter herbeiführen. Bei dieser Gelegenheit stellen sich dann die anhaftenden Mängel heraus! Es ist notwendig, an unsere Vertreter im Reichstag heranzutreten und sie zu veranlassen, bei Gelegenheit diese Lücken auszufüllen. Um nun Klarheit zu bekommen, ob man im Schutzbund eine Ausperrung beabsichtigt oder ob man gewillt ist, auf Unterhandlungen einzugehen, soll als nächste Maßnahme das Gewerbegericht als Einigungsamt bezw. um seine Vermittlung angegangen werden. Sollten bei diesen Unterhandlungen keine annehmbaren Zugeständnisse erzielt werden, so müssen weitergehende Aktionen beschlossen und ergriffen werden.

In sehr lebhafter Diskussion wurde noch der Zusatzantrag gestellt, vorläufig Ueberstunden zu verweigern.

Reges Leben und froher Kampfesmut, aber auch die tiefste Erbitterung über dieses unerhörte Attentat auf die persönliche Freiheit der graphischen Berufsangehörigen tönte aus dieser Kopf an Kopf zusammengedrängten Massenversammlung. Feste Entschlossenheit, unerschütterlicher Kampfesmut gaben bereiten Ausdruck von den Gefühlen dieser Arbeiterkategorie, die jahrzehntelang mit einer wahren Lammsgebild alles über sich ergehen ließ. Aber auch hier ging der Krug so lange zum Brunnen, bis er gebrochen ist. Wir haben genug des graufamen Spiels! konnte jeder aufmerksame Beobachter von den Mienen sämtlicher Versammlungsbesucher ablesen.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute am 26. Januar in den Zentralfälen (Wedengarten) tagende Versammlung aller in Kunstanstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt mit Entrüstung Kenntnis davon, daß die Arbeitsordnung vorläufig Gültigkeit hat. Sie beauftragt das graphische Kartell, behufs Unterhandlungen das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Sollten diese Unterhandlungen ein annehmbares Resultat nicht bringen, so behält sich die Versammlung weitere Schritte vor. Ferner erklärt die Versammlung, auf ihrem bisherigen Standpunkt zu verharren und die Stunde vom Samstag nicht nachzuholen. Außerdem sind so lange die Ueberstunden, sowie je Heimarbeit zu verweigern, bis das Resultat der Unterhandlungen vor dem Gericht vorliegt.“

Genosse Nieß als Vorsitzender brachte zum Schluß der Versammlung ein dreifaches Hoch auf die Organisation aus, in welches die Massen begeistert einstimmten. Etwaige Berichterstatter der Scharfmacher dürften wohl so einen kleinen Begriff von dem drohenden Schritt dieser Arbeiterbataillone bekommen haben. Hoffentlich haben sie auch sachgemäßen Bericht erstattet.

Auch in Fürth fand eine sehr gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe am Dienstag, den 25. Januar, abend im großen Eborasaal statt. Seit Wochen hat sich der Arbeiterschaft eine begründete Entrüstung bemächtigt, so leitete Kollege Redding seine Ausführungen in der Versammlung ein. Auf gesetzlich gangbarem Wege versuchte die Arbeiterschaft zu verhindern, daß gesetzliche Bestimmungen außer Kurs gesetzt werden und für die Arbeiterschaft in den Betrieben Paragraphen in Anwendung kommen, die mit Moral und den guten Sitten in scharfem Kontrast stehen. Dieselbe Arbeiterschaft, die seit Jahren alles ihnen von den Unternehmern zugesagte Unrecht hingegenommen hat, die ohne Murren es gesehen ließ, daß wegen ein Paar Pfennigen Lohnerhöhung, die in Hannover und noch ein paar deutschen Städten durchgeführt werden sollten, von dem gesamten Unternehmertum Arbeiter aufs Straßpflaster geworfen wurden, die ihnen 20 und noch mehr Jahre Mehrwert geschaffen haben, dieselbe Arbeiterschaft, die, statt entschlossenen Widerstand zu leisten, sich zu jeder beliebigen Zahl von Ueberstundenarbeit bereit erklärte und so die Intelligenz ihrer Arbeitsleistungen bis zum wahnsinnigen

Beginnen von 6000 Auflagen pro Tag steigerte, dieser Arbeiterschaft hat nun das nimmerfatte Unternehmertum im graphischen Gewerbe auch noch zugemutet, sich unter das laubdünne Joch einer Zuchtordnung zu beugen und auf gesetzliche Wohlthaten zu verzichten. Solch brutales Vorgehen hat nun doch endlich einmal die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kunstanstalten zur Bestimmung auf ihre menschlichen Rechte gebracht und nahezu einstimmig wurde ein solches Verlangen von ihr abgelehnt. Leider läßt die gesetzliche Bestimmung der Gewerbeordnung für das Inkrafttreten einer Fabrikordnung dreierlei Definitionen zu. Während von kompetenter Seite gesagt wurde, eine neue Fabrikordnung hat erst Gültigkeit, wenn sie von der unteren Verwaltungsbehörde genehmigt sei, wird nun vorausgesetzt, die neue Fabrikordnung gültig sein, nachdem sie bereits 14 Tage in den Fabrikbetrieben ausübt. Bis heute ist man sich jedoch darüber noch nicht vollständig im klaren, es kann aber der Arbeiterschaft nicht zugemutet werden, noch länger zu warten, sondern hier sei es notwendig, einmal Licht in die Situation zu bringen, deshalb sei es Sache der Versammelten, sich darüber auszusprechen, welche Maßnahmen sie in Zukunft einzuhalten gedenken. Nach sehr lebhafter Erörterung wurde auch in dieser Versammlung die oben wiedergegebene Resolution einstimmig angenommen.

## Korrespondenzen.

Mienburg S.-A. Am 24. Januar fand in Anwesenheit des Gauleiters Koll. Schluß unsere Generalversammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1909 wurde debattelos angenommen. Kollege Griffel gab den Geschäftsbericht und führte aus, daß das vergangene Jahr gerade kein arbeitsreiches war und deshalb weitere Vorteile für die Kollegenchaft in puncto Lohnerhöhung usw. nicht erreicht werden konnten. Letzteres lag aber nur an der Kollegenchaft selbst. Die Zeit war günstig und die Verwaltung bemüht, die Lage der Mitglieder verbessern zu helfen. Auch an dieser Stelle muß den Kolleginnen der Hofbuchdruckerei gesagt werden, daß sie persönliche Streitigkeiten gänzlich vermeiden sollen. Unter diesen traurigen Verhältnissen hätten auch die Kollegen in den anderen Druckereien zu leiden. Sämtliche Veranlassungen im Jahre 1910 hätten besser besucht sein können. Eingetreten sind 6 männliche und 30 weibliche Mitglieder. Ausgetreten 1 männliches und 15 weibliche Mitglieder. Abgereicht 1 männliches und ausgeschlossen 1 männliches Mitglied. Wir haben eine Zunahme von 16 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Geschäftsbericht wurde debattelos angenommen. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen an Eintrittsgeld 6,60 M., Beiträge 867,90 M., Sonstiges 1,20 M. Ausgegeben wurde an Krankenunterstützung 74,30 M., Arbeitslosenunterstützung 63 M., Wöchnerinnenunterstützung 30 M., Agitationskosten 52,40 M., Remuneration an Vorsitzenden und Kassierer 31 M. An die Hauptkasse gefandt sind 502,65 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von: Kassenbestand am 1. Januar 1909 33,70 M., an 7½ Prozent von der Hauptkasse 62,75 M., Lokalkasse 53 M., Sonstiges 26,85 M., zusammen 176,30 M. Dem steht eine Ausgabe von 130,91 M. gegenüber. Kassenbestand 45,39 M. Zum Kassenbericht nahm Kollege Schluß das Wort und ging des näheren auf die Unterstützungsausgaben ein. Er belehrte die Anwesenden über die Rechte, die sie in ihrer Organisation hätten. Für eine kleine Zahlstelle wie Mienburg sind das schon nicht zu unterschätzende Ausgaben. Ferner stelle er sich gern zur Verfügung, wenn es gilt, die Verhältnisse zu verbessern. Aus diesem Grunde sollen wir uns bemühen, so bald wie möglich eine Statistik aufzustellen. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Da die Revisoren an der Kassenführung nichts zu monieren hatten, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung zuteil. Bei Verlesen der Präsenzlisse glänzten 20 Mitglieder durch Abwesenheit. Die Ortsverwaltung besteht aus den Kollegen Griffel, Vorsitzender, Schmidt, Kassierer, Jungmanns und Heinde, 1. und 2. Schriftführer, E. Höper und Hauschild, 1. und 2. Revisor. Als Kartellbelegierter und dessen Stellvertreter Kollege Saube und Kollegin Heilmann. Beschlossen wurde für die 5 Unterkassierer je 3 M. Entschädigung zu bewilligen und den Antrag auf Uebernahme auf die Hauptkasse zu stellen. Beschlossen wurde ferner, am Samstagstage einen Ausflug in das Mühlental zu machen. Auch wird eine Beschwerdekommission von 3 Mitgliedern gewählt. Folgender Beschluß



wurde noch einstimmig gefaßt: „Nichterscheinen ohne genügende Entschuldigung in der Generalversammlung wird mit 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder gestraft. Die letzten Kartellberichte gab Koll. Saupé. In seinem Schlußwort forderte Koll. Schulze auf, immer treu zur Organisation zu halten, um vorwärts zu kommen und danke dem Genossen Wödel für seine geleistete treue Arbeit als Kassierer. Im Namen der Ortsverwaltung danke Koll. Griffel demselben und schloß die Generalversammlung.

**Braunschweig.** Generalversammlung vom 15. Januar 1910. Nach der Protokollvorlesung hielt Arbeitersekretär Bopler einen sehr interessanten Vortrag über den Zweck der gewerkschaftlichen Organisation, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Kollege Schwitze erstattete den Kartellbericht, worauf Kollege Mertens die Abrechnung vom 4. Quartal gab. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 294,64 Mk., die Ausgaben 272,56 Mk., so daß ein Bestand von 22,09 Mk. verblieb. Eingetretene sind 8 männliche und 3 weibliche Mitglieder. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1910 32 männliche und 40 weibliche. Die Lokalkasse bezeichnet eine Einnahme von 62,11 Mk. und eine Ausgabe von 40,— Mk. Der Lokalkassenbestand betrug infolgedessen vom dritten Quartal 57,39 Mk. Die Revisoren bestätigten die Abrechnung. Unter Verschiedenem kamen die traurigen Verhältnisse in der Druckerei Gutenberg zur Sprache. Dort wird noch neunzehnhundert Stunden gearbeitet und eine Kollegin wird mit 3 Mk. Wochenlohn beschäftigt. Es wurde betont, daß auch dort bessere Zustände Platz greifen werden, wenn die Kollegenschaft den Weg zur Organisation gefunden hat. Zu den Vorbereitungen für das am 10. Februar stattfindende Rappenfest wurde ein Festkomitee gewählt und die Versammlung nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten geschlossen.

Kollegen und Kolleginnen! Wenn wir unseren augenblicklichen Mitgliederbestand betrachten, so müssen wir wohl zugeben, daß uns noch eine riesige Agitationsarbeit bevorsteht. Wir sind augenblicklich zirka 85 organisierte Kollegen und Kolleginnen, uns gegenüber stehen noch ungefähr 120 Indifferente. Diesen Teil noch nicht organisierten Hilfspersonalis für unseren Verband zu gewinnen, muß unser nächstes Ziel sein. Wir müssen unsere ganze Kraft aufbieten, müssen diesen unaufgeklärten Kollegen und Kolleginnen den richtigen Weg zeigen, ihnen vorstellen, daß es eine Notwendigkeit ist, sich einer starken Organisation anzuschließen, um mit Hilfe derselben sich ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, uns nicht mehr nach der Willkür der Unternehmer oder deren Vertreter unseren Lohn schmälern und uns nicht mehr nach Belieben auf das Straßenpflaster werfen zu lassen. Dazu seien nur einige Fälle angeführt. Ein Kollege war in dem Musterbetrieb Bieweg und Sohn ein halbes Menschenalter beschäftigt, hat zirka 24 Jahre hindurch dem Unternehmer seinen Selbstbeutel in fullen helfen, auf einmal, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, wurde der Mann entlassen und einer Bagatelle willen. So sieht es in dem Musterbetrieb Bieweg und Sohn aus. Die Geschäftsinhaberin sagte gelegentlich einmal den Arbeitern: „Ihr braucht in keinem Verband zu sein, für Euch ist gesorgt!“ Wie es mit der Fürsorge aussieht, sehen die Arbeiter erst, als die gute Alte die Augen geschlossen und die Arbeiter das Nachsehen hatten. Jedenfalls werden die Arbeiter jetzt einsehen lernen, was sie von den Versprechungen der Unternehmer zu halten haben. Vielleicht finden sie jetzt besser den Weg zur Organisation. In der Weltfirma Westermann wurde eine Kollegin entlassen, weil sie einige Stunden Zeitverlust, welche durch eine Betriebsstörung verursacht waren, nicht unentgeltlich nachhollen wollte. Nicht viel besser geht es in der Druckerei Gutenberg her. Eine Kollegin, welche krank geworden und nicht in der Lage war, sich augenblicklich zu entschuldigen, bekam, als sie zwei Tage darauf wieder zur Arbeit kam, die Antwort: „Für Sie habe ich keine Arbeit mehr, ihre Stelle ist schon besetzt!“ Allen die Krone auf jetzt die Steinbrüderlei Wehr. Strafgebühren sind dort an der Tagesordnung. Eine Kollegin, welche dort arbeitet, hat sich, man sollte es kaum glauben, für den lächerlichen Lohn von 7 Mk. die Woche auf 5 Jahre vertraglich gebunden.

Kollegen und Kolleginnen! Wollen wir uns noch eine Sklaverei noch weiter gefallen lassen? Wollen wir uns noch fernerehin der Willkür der Unternehmer preisgeben und noch mit den jämmerlichen Löhnen weiter arbeiten? Auf diese Frage können wir nur mit einem ganz entschiedenen „Nein“ antworten. Darum Kollegen und Kolleginnen! Raßt Euch zusammen! Tut Eure

Pflicht und Schuldigkeit als organisierte und Klassenbewußte Arbeiter! Nehmt Eure freie Zeit in Anspruch und sucht die indifferenten Kollegenschaft auf, führt sie dem Verbands zu, und wir werden sehen, daß wir in allernächster Zeit in den Händen sind, mit einer Tarifvorlage den Unternehmern gegenüberzutreten zu können, was natürlich nur mit Hilfe einer starken Organisation möglich ist.

**Bremen.** Die Quartalsversammlung am 23. Januar nahm die vor den Revisoren bestätigte Abrechnung ohne Einwendung entgegen. Den Jahresbericht erstattete Koll. Schab, welcher, nachdem er die verschiedensten Vorkommnisse im abgelaufenen Geschäftsjahr Revue passieren ließ, auf die im laufenden Jahre zu erwartende Mehrarbeit hinwies. Die lebhafter in Fluß geratende Tarifbewegung sowohl wie der in Bremen stattfindende Verbandstag erfordern die tätige Mithilfe jedes Mitgliedes. Kollegen Woffe gab den Bericht über den Arbeitsnachweis und konstatierte, daß derselbe eine erheblich vermehrte Frequenz gegen das Vorjahr aufzuweisen hat. Zeitweilig überstieg die Nachfrage nach Arbeitskräften deren Angebot, was zu der Vermutung führt, daß immer noch ein Teil Arbeiterinnen den für sie geschaffenen Nachweis nicht in Anspruch nehmen zu ihrem und dem Schaden der Organisation. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender H. Schab, 2. Vorsitzender H. Buscher, 1. Kassiererin und Nachweisverwalterin Frau M. Woffe, 2. Kassierer H. Schröder, 1. Schriftführer J. Wuff, 2. Schriftführer H. Wudt, Beisitzer H. Radenhorst und Frau Schmierpel, Revisoren Th. Woffe und Frau Schierenbeck. Ein Antrag, dem 1. Vorsitzenden eine Remuneration zu bewilligen, wurde durch dessen Verzicht gegenstandslos. Mit aufmunternden Worten schloß Kollege Schab die Versammlung.

**Köln a. Rh.** Am Sonntag, den 23. Januar, tagte im unteren Saale des Volkshauses unsere erste diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Krumpfert, eröffnete dieselbe um 3 Uhr und hieß die sehr zahlreich erschienenen Kollegen auf das herzlichste willkommen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Einleitend schilderte er kurz die Anfänge der Kölner Zahlstelle, wobei er besonders hervorhob, welche Schwierigkeiten sich ihrer Entwicklung entgegen stellten. Alle die Kinderkrankheiten, die fast jede junge Organisation durchmache, habe auch die Zahlstelle Köln in überreichem Maße durchstehen müssen. Schon einige Jahre vorher hätten sich hitzige Buchdrucker und insbesondere der Kollege Kömer bemüht, auch in Köln dem Verband Eingang zu verschaffen. Aber jeder Versuch, die Zahlstelle hochzubringen, sei an dem Indifferentismus der Kollegenschaft und an der Laubbild und Interesslosigkeit der damaligen Mitglieder gescheitert. Wie in Köln, so lagen auch in den übrigen Zahlstellen des Gaues — Rheinland-Westfalen — dieselben traurigen Organisationsverhältnisse, obwohl die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch tiefergründiger waren — und heute noch sind — als in den übrigen Druckstädten Deutschlands. Hierin Wandel zu schaffen, beschätzte den IV. Verbandstag in Münden, der denn auch beschloß, einen Kollegen für Rheinland-Westfalen anzustellen, damit auch dort die Organisation zum Nutzen der gesamten Kollegenschaft gestärkt und gesichert werden könne. Als er im Herbst 1908 nach Köln gekommen, waren noch 8 Mitglieder vorhanden, mit denen die Neugründung der Zahlstelle vollzogen wurde. Bis zum Jahreschluß 1908 stieg die Mitgliederzahl auf 15. Erst im verflochtenen Jahre gelang es im Zeichen einer besseren Konjunktur und durch vermehrte Agitation 146 Kollegen und Kolleginnen für unsere Organisation neu zu gewinnen, von denen 31 wieder fahnenflüchtig wurden und zum Teil wegen Restieren der Beiträge ausgeschlossen werden mußten. Vom Militär zurück meldete sich 1 Mitglied. Das Jahr 1909 schließt mit 115 männlichen und 9 weiblichen, zusammen mit 124 zahlenden Mitgliedern ab. Der Agitation dienten 98 Druckerbesprechungen und 5 öffentliche Versammlungen. Flugblätter wurden 2 je 600 und eine Nummer der „Solidarität“ in 850 Exemplaren, sowie Handzettel und Zirkulare 4700 verbreitet. Ferner fanden noch fünf Mitgliederversammlungen, in welchen ebenfalls belehrende Vorträge zur Verbreitung des Wissens und der Aufklärung der Mitglieder gehalten wurden. Der Besuch der Versammlungen war mit wenig Ausnahmen ein guter zu nennen. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 11 Sitzungen. An Lohnbewegungen hatten wir eine, die unferer Kollegenschaft bei der Firma J. B. Wachen einen recht schönen Erfolg brachte und aus leicht erklärlichen Gründen den Reiz der Herren von der

anderen Fakultät herauslockte. Aber auch die Firma Du Mont-Schauberg sah sich darauf veranlaßt, die Löhne etwas zu erhöhen und die teilweise großen Gärten in der Arbeitszeit der Jourhabenden abzumildern. Nach einer kurzen Aussprache bei der Firma Beckhausen und Krüper erhielt die gesamte Hilfsarbeiterchaft eine zehnprozentige Lohnaufbesserung als Feuerungszulage. (Hatte auch dort Herr Hornbach vorgearbeitet? D. Berichterst.) Am 5. Dezember 1909 feierte die Zahlstelle ihr erstes Stiftungsfest, das sehr gut besucht war. Der würdige Verlauf des Festes dürfte bei allen noch in guter Erinnerung sein. Dem Gewerkschaftskartell schloß sich die Zahlstelle am 1. Oktober an. Nachdem Redner noch ein kleines Programm unserer künftigen Agitation entwickelte und auf die Notwendigkeit der tatkräftigen Mithilfe jedes Einzelnen hinwies, beschloß er seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht. Anschließend erstattete der Kassierer, Kollege Stüttgen, den Kassierenbericht, dem folgendes zu entnehmen war. Im Kassenbestand 1908 waren vorhanden 8,26 Mk. An Eintrittsgeldern wurden 55,70 Mk., an Mitgliederbeiträgen 1066,65 Mk. und an sonstigen Einnahmen 3,70 Mk. vereinnahmt. Dem steht eine Ausgabe für Unterstellungen 43,25 Mk., Agitationskosten 50,25 Mk., Remuneration, Verwaltungsmaterial und Post 32,82 für die ausgesperrten Schweden 12,50 Mk. und an die Hauptkasse gefandt 937,16 Mk. Der verbleibende Kassenbestand beträgt 58,33 Mk. Auch diese aufsteigende Entwicklung und steigende Einnahme zeigt ein recht erfreuliches Resultat. Die Revisoren bestätigten, Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben und beantragten, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschah. Die Diskussion war eine äußerst rege. Im Verlauf derselben stellte Kollege Bell den Antrag, zur Stärkung unserer Lokalkasse einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pf. zu erheben. Nach ausgiebiger Debatte, an der sich 7 Kollegen teils für und teils gegen aussprachen, wurde gegen 1 Stimme beschloffen, ab 1. März einen Lokaltbeitrag von 5 Pf. zu erheben. Der 2. Punkt der Tagesordnung, Neuwahlen des Vorstandes, fand dahin seine Erledigung, daß die Kollegen Krumpfert als erster, Arends als zweiter Vorsitzender, Kollege Stüttgen als erster und Kollege Bell als zweiter Kassierer und als Beisitzer fünf Kollegen aus den verschiedenen Betrieben gewählt wurden. Als Delegierter zum Gewerkschaftskartell wurde Kollege Krumpfert und als dessen Stellvertreter Kollege Arends gewählt. Nachdem noch unter Verschiedenem einige interne Fragen ihre Erledigung gefunden, gab der Vorsitzende noch einen kurzen Rückblick über die sehr gut verlaufene Versammlung, dabei besonders hervorhebend, daß uns nun in diesem Jahre sehr wichtige Aufgaben bevorstehen, die wir mit vereinter Kraft und Einigkeit zu lösen instande sind. Jeder müsse sich geloben, sein Bestes daran zu setzen, die Organisation zu stärken, zu werben und zu weiden unter denen, die uns noch fern stehen. Denn vorwärts immer, rückwärts nimmer soll unsere Lösung sein. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband und ein weiteres Wohlwollen und Gelingen unserer Zahlstelle wurde die erste Generalversammlung um 5½ Uhr geschlossen.

**Dresden.** Am 21. Januar fand eine sehr stark besuchte Versammlung statt, um den Bericht über die Verhandlungen des Tarifamts mit dem deutschen Buchdrucker-Berein und dem Verband der deutschen Buchdrucker entgegen zu nehmen. Kollege Thiede gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Tarifbewegung in Dresden und schilderte die verschiedenen Phasen, die der Kampf durchgemacht hat. Ganz besonders wurden die Ursachen, warum die Verhandlungen der in Betracht kommenden Instanzen veranlaßt und abgewartet werden mußten, erläutert und dann das Resultat der Verhandlungen vor dem Tarifamt mitgeteilt. (Siehe den Leitartikel in Nr. 5 der „Solidarität.“) Nachdem die Kollegin Thiede darauf hingewiesen hatte, daß dieser Beschluß nur durch das einmütige, treue und feste Zusammenhalten der Kolleginnen möglich werden konnte, wurde der Abstimmungsmodus festgelegt. Koll. Paul Hermann schilderte den guten Eindruck, den er am 20. Januar in der Buchdruckerversammlung gewonnen hat, denn auch diese war überaus gut besucht und nahm den zur Kenntnis gebrachten Tarifamtsentscheid mit lebhaftem Beifall und dem Ausdruck der Genehmigung entgegen. Nachdem noch die Kollegen Paul Hermann und Richter als Kandidaten zum Gewerbegericht und Kollege Gubisch als Ersatzmann aufgestellt waren, erfolgte nach einigen Bekanntmachungen Schluß der impopulanten Versammlung.

**Erfurt.** In der am 19. Januar 1910 stattgefundenen Versammlung stellten die Kollegen der Thür. Blechballagenfabrik den Antrag, mit der Geschäftsleitung in Verhandlung zu treten, um über die Abschaffung der Stundenlöhne und Einführung des Wochenlohnes zu verhandeln. Es wurde deshalb mit der Geschäftsleitung in Unterhandlung getreten, mit deren Ergebnis sich eine am 24. Januar d. S. tagende Betriebs-Versammlung befaßte. Auf unsere Einladung hin waren sämtliche Kollegen und Kolleginnen sowie die Herren Maschinenmeister und der Herr Obermaschinenmeister als Vertreter der Firma erschienen. Der Vertreter der Firma konnte uns nun mitteilen, daß die Geschäftsleitung gegen die Einführung des Wochenlohnes und somit auch gegen die Bezahlung der Feiertage nichts einzuwenden habe. Für die schnelle und friedliche Erledigung dieser Angelegenheit können wir der Geschäftsleitung nur Achtung zollen, umso mehr da sie sich bereit erklärte, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Die vollzählig erschienenen Kollegen und Kolleginnen erklärten sich mit dem Zugeständnis der Firma einverstanden. Die Zugeständnisse sind bereits in Kraft getreten. Unsere Zahlstelle kann wohl mit diesem Erfolg zufrieden sein, umso mehr da dieselbe erst auf eine einjährige Tätigkeit zurückblicken kann. Für die uns noch fernstehenden Kollegen kann das nur ein Ansporn sein, sich immer fester zusammenzuschließen und sich in dem Verband der Deutschen Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter zu organisieren, um auch anderswo bessere Verhältnisse herbeizuführen und ihre Lage zu verbessern.

**Freiburg i. B.** Am 24. Januar 1910 sprach in einer gut besuchten Versammlung Gauleiter Hugo Werner aus Stuttgart über die Stellungnahme zur Einführung eines Tarifes. Der Referent führte den Anwesenden vor Augen, daß es an der Zeit sei, auch in Freiburg den Tarif einzuführen, da die Buchbinder erst vor kurzem den Anfang gemacht haben und wir doch auch nicht zurückstehen wollen. Die Einführung eines Tarifes hänge nicht von gewissen Personen, sondern von gewissen Umständen ab. Wenn die Mitglieder fest zusammenhätten, dann kann man auch etwas unternehmen. Wie die Organisation so die Verhältnisse. Redner erläuterte in klarer Weise das Wesen der Tarifverträge. Es wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute am 24. Januar 1910 im Restaurant zur Rheinhalde tagende gut besuchte Versammlung aller in den hiesigen Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wünschen einstimmig die Schaffung eines Tarifes für Freiburg unter zu Grundelegung der im Jahre 1906 zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein und dem Verband der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands vereinbarten Allgemeinen Bestimmungen über Obliegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung des Hilfspersonals in den Buchdruckereien. Die Versammlung bevollmächtigte ihren Gauleiter Hugo Werner aus Stuttgart, dieselbe mit der hiesigen Prinzipalsvereinigung in Verbindung zu treten." Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Werner wurde die Versammlung geschlossen.

**Hannover.** Infolge mangelhaften Besuches der am 20. Januar stattgefundenen Mitglieder-Versammlung konnte der Vortrag des Gen. Schädlich nicht gehalten werden. Koll. Elsner gab die Abrechnung vom Weihnachtsergebnis, wonach ein Ueberschuß von 4,82 M. zu verzeichnen ist. Weiter gab Koll. Spatzühl bekannt, daß von Seiten des Prinzipalsvereins ein Schreiben eingelaufen ist, in welchem 3 Ersatzpersonen zum Schiedsgericht verlangt werden. Hierzu werden gewählt: Die Kollegen Pichlmeier, Henze und Elsner. Zum Rappenfest, welches am 27. Februar in den Sälen des „Zinndenhofs“ stattfindet, wurde ein Komitee gewählt. Der Antrag des Vorstandes, einen Vertriebsfähigkeitsapparat anzuschaffen, wurde nach einigen Einwendungen angenommen. Ein weiterer Antrag des Vorstandes betreffs Ausschluß zweier Mitglieder wegen Beitragsrückständen führte zu einer lebhaften Debatte. Koll. Spatzühl begründete den Antrag und wies darauf hin, daß er sie aufgefordert, ihre Beiträge zu bezahlen, aber die Kollegen hätten es nicht für nötig gehalten, zu antworten. Nach längerer Debatte, in der die Koll. Blumhoff, Dampetow und Pichlmeier gegen den Antrag sprachen, wurde derselbe abgelehnt, worauf der Vorsitzende die Erklärung abgab, daß der Ausschluß des Koll. Stöber nach § 5 Absatz c des Verbandsstatutes auch ohne besondere Beschlußfassung erfolgt. Auf eine Beschwerde wegen unpünktlichem Kassieren versprach der Vor-

sitzende Abhilfe. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die Wahlen der Kassenmitglieder aufmerksam und forderte zu reger Beteiligung auf.

**Heilbronn.** Am Sonntag, den 16. Januar, nachm. 3 Uhr, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche mächtig besucht war. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß 1 Generalversammlung, 11 Mitglieder-Versammlungen, 9 Ausschüßsitzungen und eine Reihe Drucker-Versammlungen abgehalten wurden; ferner fand ein Ausflug und ein Familienabend statt. Den Kassenbericht gab Kassierer Krauß. Bei Punkt Neuwahl lehnte der seitherige Vorsitzende die Wiederwahl ab wegen Arbeitsüberhäufung. Sodann wurde gewählt als 1. Vorsitzender Wilhelm Schwan, 2. Vorsitzender Feberabend, Kassierer Krauß und Schriftführerin Messerschmidt, Wahl und Kollegin Wähler. Danach hielt der neugewählte Vorsitzende einen Vortrag über „Die neue Gewerbeordnung“, welchem sich eine lebhafte Debatte angeschlossen. Bei Punkt Verschiedenes wurde noch beschlossen, den diesjährigen Ausflug zu Pfingsten nach Mannheim zu machen. Nach einigen ermahnenden Worten des neuen Vorsitzenden, jedes Mitglied möge sich die Vergrößerung der Zahlstelle im eigenen Interesse angelegen sein lassen und vor allem auch für gutbesuchte Versammlungen zu sorgen, konnte die gutverlaufene Versammlung um 6 Uhr geschlossen werden.

**Kaufbeuren.** Die in der gut besuchten Generalversammlung am 22. Januar vorgenommenen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Josef Burger, 2. Vorsitzende Wally Reiter, Kassierer Franz Buchardt, Schriftführer Alois Wagner, Revisoren Josef Luz und Ferdinand Moser, Delegierte zum Gewerkschaftsartell Luz und Reiter, Unterassistentinnen Reiter, Marie Hofer und Lina Böck. In seinem Geschäftsbericht gab der Vorsitzende eine Schilderung der geleisteten Arbeit und der notwendigen Veranstaltungen. Den Schluß der Versammlung bildete eine gemütliche Unterhaltung mit Musik und Tanz.

**Mainz.** Am Dienstag, den 25. Januar, fand im Gewerkschaftshaus „Goldener Pflug“ im Beisein der Kollegin Thiede-Berlin und des Gauleiters Anton Kalb-Frankfurt a. M. die sehr gut besuchte Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Sie umfaßte folgende Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl des Gesamtvorstandes und als dritter Punkt: „Ist die Mainzer Kollegenschaft gewillt, in eine Tarifbewegung einzutreten und welche Forderungen stellt sie hierzu?“ Der Vorsitzende, Kollege Müller, gab den Jahresbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß eine umfangreiche Agitation auch ein gutes Resultat zur Folge hatte. Im Laufe des Jahres wurden in Mainz und Umgegend an 32 Tagen Hausagitationen vorgenommen, so daß die Zahlstelle von 9 Mitgliedern auf 80 angewachsen ist und dies unter den ungünstigsten Verhältnissen. Oeffentliche Versammlungen fanden 3, Mitglieder-Versammlungen 4 und Drucker-Versammlungen 27 statt. Der Vorstand blieb stets in engerer Fühlung mit der Kollegenschaft. Mit einem Appell an die zahlreichen Versammlungsbesucher, in diesem neuen Geschäftsjahr sich kräftiger an der Agitationsarbeit zu beteiligen, um auch den letzten Indifferenten zur Organisation zu bringen, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. In der nun folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Müller als Vorsitzender, Kollege Große als Kassierer und Kollege Bischoff als Schriftführer einstimmig gewählt. Außerdem wurde Kollegin Diegel als Beisitzerin und die Kolleginnen Kefle und Etaler als Revisoren gewählt. Zum Punkt 3 hatte Kollegin Paula Thiede das Referat übernommen. Sie erläuterte in klaren übersichtlichen Ausführungen die Entstehungsgeschichte, den Zweck und die Ziele unseres Verbandes, dessen Verdienste sie an vielen Beispielen nachwies. Sie machte die Anwesenden auf die Vorbereitungen aufmerksam, die erfüllt werden müssen, wenn die Mainzer Kollegenschaft in eine Tarifbewegung eintreten wolle. Nur einer geschlossenen, treuen Anhängerenschaft zur Organisation werde es gelingen, Vorteile auf wirtschaftlichem Gebiete zu erringen. Die Referentin wies auf die jähe Ausdauer der Dresdener Kolleginnen hin, die schon 5 Wochen im Kampfe mit dem Unternehmertum stehen und sich weder durch Drohungen noch durch Lockungen der Arbeitgeber betrenn lassen, von ihrem berechtigten Kampfe abzustehen. Denn sie wissen, daß ein siegreicher Kampf über ein reaktionäres Unternehmertum nicht allein ein Sieg

für sie allein, sondern ein Sieg für die ganze Kollegenschaft Deutschlands bedeutet. Nachdem Kollegin Thiede noch die Geschichte der Tarife für die Hilfsarbeiterchaft im Buchdruckgewerbe erklärt, schloß sie ihre Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Mainzer Kollegenschaft das Gehörte beherzigen und in ihrer bevorstehenden Tarifbewegung verwerten möge. Der reiche Beifall der Anwesenden bewies, daß sie trotz der tollen Faschingszeit, wie sie eben in Mainz vorherrscht, die Ausführungen der Kollegin Thiede in sich aufgenommen hatten. In der Diskussion richtete Kollege Kalb-Frankfurt einige befehlende Ausführungen an die Versammelten. Er ging an Hand statistischen Materials die Lohnverhältnisse der Mainzer Kollegenschaft durch und stellte sie in Gegensatz zu den Löhnen der Nachbarstädte. Obwohl in Mainz der Lebensunterhalt mindestens so teuer ist wie in Darmstadt, Frankfurt und noch teurer wie in Hanau, Ludwigs-hafen-Mannheim usw., sind trotzdem hier in Mainz die Löhne am niedrigsten. Es komme dies daher, weil die Mainzer Kollegenschaft es bis jetzt veräumt hatte, sich zu einem Ganzen zusammen zu schließen und ihre Interessen selbst zu wahren. Kollege Müller gab sodann ein Bild von dem Gebaren einiger Scharfmacherfirmen und ihrer Helfershelfer, was allgemeine Entrüstung hervorrief. Nach Behandlung einiger die Tarifbewegung betreffenden Fragen erfolgte Abstimmung über den Punkt: Will die Kollegenschaft im Prinzip die Einführung eines Lohntarifs? Es erfolgte einstimmige Annahme. Doch soll trotzdem, um allen Eventualitäten vorzubeugen, eine schriftliche Abstimmung unter allen organisierter Kollegen und Kolleginnen vorgenommen werden, ehe die Forderungen einzureichen sind. Nach einem Schlußwort der Kollegin Thiede erfolgte noch der Beschluß, im März ein Frühjahrsvorliegen im Gewerkschaftshaus abzuhalten und schloß dann der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

## Literatur.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.** Nr. Heft 22 erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Borwärtz, Berlin SW. 68: „Gaut- und Haar-pflege“ von Dr. Chajez.

Preis 50 Pf.; Volksausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 9 des 20. Jahrgangs erschienen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal.

Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

## Adressenveränderungen.

**Aktenburg S.-A.**  
Kassierer: Louis Schmidt, Treppengasse 6 II.

**Brandenburg a. S.**  
Kassiererin: Frau Anna Speichert, Altstädt. Kirch Nr. 22.

**Freiburg i. Br.**  
Vorsitzender: Christian Thum, Ferrandstraße 4.  
Kassierer: Josef A. Klotz, Kaiserstr. 86.

**Heilbronn a. N.**  
Vorsitzender: Wilhelm Schwan, Pfaustraße 3 I.  
Kassierer: Friedrich Krauß, Lerchenstr. 19.

## Briefkasten.

**A. Breslau.** Bericht wurde wegen Raum-mangel zurückgestellt. Gruß. — D. R. Köln. Artikel und Berichtigung in nächster Nummer. Gruß. — Heilbronn. Mit Bleistift geschriebene Manuskripte lehnen wir in Zukunft ab. Sonstigen Wünschen wird Rechnung getragen. — Aktenburg S.-A. Die Verschiedenheit in der Art der Zufendung ist durch den Umfang der Zeitung bedingt, die natürlich auch deren Gewicht beeinflusst.

## Abrechnungen.

Das 4. Quartal haben in dieser Woche abgerechnet: Darmstadt 111.13, Wittenberg 55.13, Dortmund 23.70, Danzig 75.95, Köln 464.27, Karlsruhe 116.40, Kiel 95.60 Mark.



# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 6.

Berlin, den 5. Februar 1910.

16. Jahrgang.

## Die Kampfmittel des Unternehmers.

Der einzelne Arbeiter steht dem Unternehmertum völlig machtlos gegenüber. Er nennt nichts als seine Arbeitskraft sein eigen, die er, wenn er leben will, unter allen Umständen den Besitzern des Kapitals und der Produktionsmittel verkaufen muß. Er befindet sich also letzteren gegenüber in voller Abhängigkeit. Einen Ausgleich gegen die Uebermacht des einzelnen Unternehmers sowohl als auch des gesamten Unternehmertums können die Arbeiter nur schaffen durch ihren Zusammenschluß. Einigkeit macht stark! Dieses Wort gilt für niemanden mehr wie für die Schwachen und infolge ihrer Schwäche Ausgebeuteten und Getretenen. Und die Arbeiterschaft hat diesen alten Erfahrungssatz beherzigt. Sie hat die Mahnrufe korblicher Mitglieder ihrer Klasse befolgt und sich zu festen Organisationen vereinigt. Zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Annahmungen des Unternehmertums schuf sie die Gewerkschaften. Durch diese wehrt sie die Versuche zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ab und durch diese kämpft sie für die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, — von den kulturellen Aufgaben, die durch die Gewerkschaften gepflegt und gefördert werden, ganz zu schweigen.

Das um seinen Profit besorgte Unternehmertum blieb gegenüber dieser Zusammenfassung aller Kräfte nicht untätig. Trotz des wütendsten Konkurrenzkampfes auf dem Absatzmarkt, wo ein Unternehmer des anderen Neapel ist, fanden sie sich bald zusammen, wo es die Wahrung ihres nackten Unternehmerinteresses gegen die nach Licht und Luft ringenden Arbeitermassen galt. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter hatte die Macht des einzelnen Unternehmers über den einzelnen Arbeiter gebrochen. Durch den Zusammenschluß in großen Unternehmerverbänden suchte sich das Unternehmertum diese Macht und mit ihr die uneingeschränkte Ausbeutungsmöglichkeit zurück zu erobern. Und in diesen Verbänden klagte man ein richtiges System von Kampfmitteln aus, um diese gegen gewerkschaftliche Kampfmittel gebrauchen und letztere unwirksam machen zu können.

Daß dem Unternehmertum verhaßteste Kampfmittel der Gewerkschaften ist der Streik, also die gemeinsame Entziehung der Arbeitskraft durch die Arbeiter zur Erzwingung der Bewilligung von Forderungen, die zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit zur Hebung der Lebenslage der Arbeiter gestellt worden sind. Die Unternehmerorganisationen suchten sich gegen den Streik zu schützen durch Gewährung von Unterstützungen an ihre von den Streiks betroffenen Mitglieder. Sie begründeten Streikentschädigungskassen, in die jeder angeschlossene Unternehmer für jeden von ihm beschäftigten Arbeiter jährlich einen bestimmten Betrag zu zahlen hat, wofür er dann, sobald ein Streik in seinem Betriebe ausbricht, eine entsprechende Unterstützung erhält. Diese Streikversicherung entspricht den Streikunterstützungskassen der Gewerkschaften, nur daß die Unternehmer ihre Beiträge von dem ihnen durch die Arbeiter erarbeiteten Mehrwert beglichen, während der Arbeiter seine Beiträge zu seiner Kampforganisation von dem durch eigener Hände Arbeit erworbenen Verdienste bezahlte.

Ferner stellten die Unternehmerorganisationen dem Kampfmittel des Streiks die Aussperrung gegenüber, d. h. also den Verzicht auf die Arbeitskraft der Arbeiter und die vollständige oder teilweise Stilllegung der Betriebe, um die Arbeiter zur Verzichtleistung auf ihre Forderungen oder zur Anerkennung von Verfügungen der Unternehmer zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu zwingen. Denn auch zum

aggressiven Vorgehen gegen die Arbeiter und nicht nur zur Abwehr von Angriffen werden die Aussperrungen benutzt. Man begnügt sich außerdem nicht damit, einen Betrieb, in welchem mit einer Gruppe von Arbeitern Differenzen ausgebrochen waren, durch die Aussperrung der an diesen Differenzen nicht beteiligten Gruppen lahmzulegen, sondern durch die Organisation dehnt man auch die Aussperrung auf andere gleichartige Betriebe desselben Orts, desselben Landesteils oder des ganzen Reiches aus. Ja die Zentralisierung der Unternehmerverbände verschiedener Berufe gestattete noch den weiteren Schritt, die durch die Erklärung des Streiks vertretenen Forderungen der Arbeiter irgend eines Berufs mit der Aussperrung der Arbeiter anderer Berufe, die mit dem zuerst betroffenen in gar keiner Verbindung stehen, zu beantworten, wie es z. B. in Schweden bis zum vorjährigen Großstreik gang und gäbe war. Man wollte dadurch die ausgesperrten Arbeiter oder ihre Organisationen zwingen, einen Druck auf die streikenden Arbeiter und ihre Organisation auszuüben und sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Diese Aussperrungstaktik hat bisher dem Unternehmertum den gewünschten Erfolg nicht gebracht. Die Gewerkschaften haben ihr meist immer noch ein wirksames Paroli zu bieten vermocht. Das lehrt auch der schwedische Riesenstreik.

Daher suchten sich die Unternehmer auch durch andere Mittel sowohl gegen den Streik der Arbeiter als auch gegen die Verhängung der Aussperrung und die damit verbundene Stilllegung ihrer Betriebe zu schützen. Sie hatten die durch die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeitermassen erzeugte Macht zu fühlen bekommen und sie suchten diese Macht zu brechen nach dem alten Sage: Teile und herrsche! Sie begnügten sich nicht damit, die Zerplitterung der Gewerkschaften in kirchliche, Hirsch-Dundersche und freie nach Kräften zu schüren, sondern sie taten noch ein übriges durch die Begründung einer besonderen Spezies von „Gewerkschaften“, der gelben Verbände, zu dem ausgesprochenen Zweck, die in ihnen vereinigten Arbeiter jederzeit zur Niederknüpfung jeder freien Bewegung der Arbeiterschaft in den Betrieben zur Hand zu haben. Und tief beschämend ist es, daß ihnen bei diesem gegen die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen verblende, einseitige oder in kraffer Selbstsucht nur auf kleinliche, persönliche Augenblicksvorteile bedachte Glieder der Arbeiterklasse selbst auf halbem Wege entgegenkamen. Die Gründung gelber Streikbrecherkolonnen würde dem Unternehmertum unmöglich gewesen sein, wenn die Gesamtheit der Arbeiter zum Massenbewußtsein, zur Erkenntnis der Notwendigkeit des solidarischen Eintretens für ihre Interessen und der Zurückdrängung aller selbstsüchtigen Regungen erwacht wäre. Es hieße aber an dem guten Kern im Innern des Menschen verzweifeln, wenn man jede Hoffnung aufgeben wollte, daß auch diese Verräterelemente eher oder später doch zur Erkenntnis des entwürdigenden Charakters ihrer Handlungsweise kommen müssen.

Vorkünftig sucht sie das Unternehmertum noch durch allerlei kleine Mittelchen als Vorspann vor seinem Wagen zu halten. Dazu gehören Zuwendungen an die gelben Vereine zu Unterstützungs- und anderen Zwecken durch die Betriebsleitungen und alle anderen sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“, die die Unternehmer, scheinbar aus freien Stücken, in ihren Betrieben begründen. Wer sich diese Einrichtungen näher ansieht, erkennt sie gar bald als Schwindel, mit dem man die Stirne der Arbeiter zu verkleistern und das Erwachen des Massenbewußtseins zu verhindern sucht. Genußlich sind in den Betrieben der „wohltätigsten“ Unternehmer auch die

miserabelsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Was man den Arbeitern mit der einen Hand gibt, wird ihnen mit der anderen doppelt und dreifach wieder genommen. Diese Einrichtungen bringen also dem Unternehmer noch ein recht feines Extra-profitchen und außerdem wird er von „feinen“ Arbeitern noch als selbstloser Wohltäter und Menschenfreund geehrt und gefeiert.

Natürlich suchen die Unternehmer auch die Beherrschung des Arbeitsmarktes ganz und gar in ihre Hände zu spielen. Zu diesem Zwecke richten sie eigene Arbeitsnachweise ein. Diese dienen in ihren Händen nicht der Befestigung offener Stellen mit verfügbaren Arbeitskräften, sondern einzig und allein als Kampfmittel gegen die Arbeiterschaft. Arbeiter, die sich in irgend einer Weise mißliebige gemacht haben, was dem Arbeitsvermittler durch verschiedene Zeichen auf dem Entlassungsschein kenntlich gemacht wird, werden ohne weiteres und ohne daß diese selbst eine Ahnung davon haben, auf den Index gesetzt. Man weist ihnen scheinbar Stellen nach, aber sie werden nirgendwo genommen, weil man in den Betrieben, nach denen sie gefandt wurden, die geheime Zeichensprache auf den Nachweisarten, durch die alles mögliche angedeutet wird, ganz genau versteht und beachtet. Die Unternehmerarbeitsnachweise sind Maßregelungsbüreaus im schimmsten Sinne des Wortes.

Genau so hinterlistig und feige wie dieses System der Arbeitsvermittlung wirkt das Kampfmittel der schwarzen Listen. Durch diese versuchen die Unternehmer ebenfalls, ehrliche Arbeiter, die in irgend einer Weise wider den Stachel löckten, um die Existenz zu bringen und auszuhungern, ohne daß es dem Arbeiter möglich ist, irgend etwas gegen dieses heimtückische Treiben zu tun. Denn die Listen sind eben streng vertraulich und geheim, und der Arbeiter kann es zwar ahnen, daß man ihn in Verruß erkläre, aber er weiß es nicht! Im Steinbruchgewerbe sucht man das System der schwarzen Listen noch durch einen Lohnkataster auszubauen, in welchem über jeden Arbeiter genau Buch geführt werden und der außerdem dazu dienen soll, die Löhne der Arbeiterschaft so niedrig als möglich zu halten. Die Heranzüchtung eines schamlosen Schmarotzer- und Spitzeltums gehört in dieselbe Rubrik.

Großen Wert legen die Unternehmerorganisationen neben dieser Tätigkeit auch darauf, ihren politischen Einfluß zu ihrem Vorteil und zum Schaden der Arbeiter zu steigern. Die Regierung ist die Vertreterin der herrschenden Klassen. Die bürgerlichen Volksvertreter überbieten sich in Liebestenerlei bei der Erfüllung der Wünsche ihrer Klassengenossen aus dem Lager der Unternehmer. Das genügt aber diesen immer noch nicht. Daher wird der Gedanke der Begründung einer eigenen politischen Unternehmerpartei in ihren Kreisen eifrig propagiert, daher begründet man außerdem Wahlfonds zur Korruption der gesamten politischen und öffentlichen Lebens.

Und da sich das Unternehmertum aller Länder gleich wie ein Ei dem andern, werden auch trotz aller patriotischen Pfaffenpredigerien die Bande der Organisation über die Grenzpfeile hinaus geknüpft und die Landesverbände zu internationalen Verbänden vereinigt, wie es z. B. im vorigen Jahre mit den Organisationen der Schiffseigentümer von England, Deutschland, Schweden, Dänemark und Holland geschah. Für die Arbeiter schafft man „nationale“ Gründungen gelber Kultur. Man selbst aber preist auf alle „Vaterlandsliebe“, sobald man hofft, durch internationale Organisationen der Arbeiterschaft um so gewappneter gegenüber treten zu können.

Daß bei allen diesen Unternehmertumskampfmitteln der schönste Terrorismus nicht fehlen darf, ja daß er eigentlich erst die richtige Grundlage für ihre Ausbildung und Anwendung schafft,

ist in Anbetracht der Rücksichts- und Strupellosigkeit des Unternehmertums selbstverständlich. Der Terrorismus treibt die fernstehenden Unternehmer in die nationalen und internationalen Verbände, er zwingt sie in die Streikversicherungskassen und zur Aussperrung. Er preßt die Arbeiter in die gelben Streikbrecherorden und zwingt sie aus ihren eigenen Organisationen heraus, wofür man sie dann durch den famosen Wohlfahrtschwindel „entschädigt“. Er sorgt für die Funktionierung des Arbeitsnachweises und heßt die durch die schwarzen Listen verfeindeten Proletarier mit der Hungerpeitsche von Betrieb zu Betrieb. Und er sorgt dafür, daß man im gesamten politischen und öffentlichen Leben nach der Weisheit der Unternehmer tanzt.

So sehen die Kampfmittel des Unternehmertums aus! Vom Standpunkt der Moral ist fast ausnahmslos eines so verwerflich wie das andere. Und dieses mit derartigen Waffen kämpfende Industrierittertum maßt sich an, die Kampfmittel der Gewerkschaften als unmoralisch zu bezeichnen! Die Arbeiterschaft kann diese vergifteten Unternehmertumswaffen nur durch festesten Zusammenschluß, durch unverbrüchliche Solidarität im gewerkschaftlichen Kampfe unschädlich machen. pb.

## Rundschau.

Ein graphisches Kartell in Dresden. Im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens bei der Ausbreitung des Organisationsgedankens, sowie zum Zwecke gegenseitiger moralischer Unterstützung bei Bewegungen und gemeinschaftlichem Vorgehen gegenüber gesetzlichen Maßnahmen ist ein Kartellverhältnis zwischen den Vorständen der Buch- und Steinbruder, Buchbinder und Druckereipersonal ins Leben gerufen worden. Möge diese Gründung die an sie gestellten Erwartungen zum Vorteil aller beteiligten Berufe voll und ganz erfüllen.

Differenzen der Steinbruder bei C. F. Leonhardt in Crotzen a. d. Mulde. Die Situation im Kampfe mit der Firma Leonhardt, über die wir vergangene Woche berichteten, hat sich durch verschiedene Vorwissenisse derart verschärft, daß sich der größte Teil des Personals am 22. Januar gezwungen sah, die Kündigung einzureichen. Damit ist die Sache aktuell geworden. Die Firmenträger sind den Einflüsterungen ihrer Ratgeber gefolgt und suchen nun ohne Namensnennung in Fachblättern Streikbrecher zu den höchsten Löhnen. Selbstverständlich dürfen diese bebauernswerten Leute nicht im Verbands- und gar auch noch verheiratet sein, womit sie dann der Firma vollständig ausgeliefert sind.

Eine sozialpolitische Abteilung der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands wird, nachdem die Vorarbeiten dazu beendet sind, spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter der sozialpolitischen Abteilung ist der bisherige Zentral-Arbeiterssekretär Robert Schmidt bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Leitung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Uebernahme der Zentral-Kommission für Bauarbeiterschutz der Sekretär Heintze-Hamburg in das Bureau eintreten. Dazu soll eine weibliche Bureauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialpolitischen Abteilung soll sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Gesetzgebung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

Arbeitsamt und Streikbrechervermittlung. Das städtische Arbeitsamt in Augsburg hat in seiner Geschäftsordnung den Passus, daß bei Streiks und Aussperrungen die Arbeitsvermittlung für die befreiten Orte und Betriebe eingestellt wird. Diese Gepflogenheit hat sich während der ganzen Zeit des Bestehens dieser Institution sehr gut bewährt. In der Sitzung des Magistrats vom 22. Januar wurde nun ein Antrag angenommen, nach welchem in Zukunft die Vermittlung von Arbeitern nach befreiten Orten und Betrieben fortgesetzt werden soll; den Arbeitssuchenden sollen lediglich durch Anschlag im Arbeitsamt die Orte bekannt gegeben werden, die von Streiks und Aussperrungen betroffen worden sind. Mit Annahme dieses Antrages ist natürlich paritätische städtische Arbeitsamt zum Vermittlungsbureau für Streikbrecher gemacht worden; daran ändert auch die Bekanntgabe der befreiten Orte durch Anschlag nichts. Die eigentlichen Urheber des Verschlechterungsantrages sind die Augsburger Unternehmer, die sich bei den kon-

ventionen Tariffkämpfen im Baugewerbe und in der Holzindustrie der Tätigkeit des Arbeitsamtes zu ihren Gunsten verschrieben. Der Magistrat ist dem Wunsch der Unternehmer prompt nachgekommen und hat sich damit bei den in Aussicht stehenden Tariffkämpfen ohne weiteres auf Seite der Arbeitgeber gestellt.

Erfolgreiche Streikarbeit kann verweigert werden. Ein bemerkenswertes Urteil fällt dieser Tage das Gewerbegericht in Lechhausen. In der dortigen Glühfadefabrik traten die Arbeiter der Pumpstation wegen fortgesetzter Maßregelung organisierter Arbeiter in den Streik. Da von dem Fortbetrieb dieser Abteilung der ganze Produktionsprozeß des Unternehmens abhängt, suchte die Fabrikleitung durch Abkommandierung von Arbeiterinnen — die männlichen Arbeiter hatten sich geweigert — aus anderen Abteilungen nach der Pumpstation diese flott zu erhalten. Eine Arbeiterin, die nach der bestreikten Abteilung versetzt wurde, weigerte sich nun, Streikarbeit zu verrichten und verlangte Juridikverweisung an ihren alten Arbeitsplatz, da sie den Streikenden nicht in den Rücken fallen wollte und ihr auch verschwiegen worden sei, daß sie Streikarbeit verrichten sollte. Die Fabrikleitung hatte hierauf die Arbeiterin kurzerhand entlassen, und zwar wegen beharrlicher Weigerung der ihr übertragenen Arbeit. (§ 123 Abs. 3 der Gewerbeordnung.) Die entlassene Arbeiterin klagte nun beim Gewerbegericht auf Zahlung von 52 Mark Entschädigung wegen kündigungslöser Entlassung. Durch Urteil wurde die beklagte Firma verpflichtet, an die Klägerin den eingeklagten Betrag zu zahlen. Maßgebend für die Beurteilung war neben § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches auch § 119, wonach Beträge rückgängig gemacht werden können, wenn sie gegen Treu und Glauben versloßen. Die Klägerin sei unter Verschweigung der näheren Umstände zur Eingebung eines Vertrages veranlaßt worden, den sie bei eingehender Würdigung des Falles nicht eingegangen wäre. Das Urteil hat nun eine Anzahl weiterer Klagen zur Folge.

Arbeitslosenunterstützung in Mainz. Die Stadtverwaltung in Mainz hat 10 000 Mark zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung ausgeworfen. Die Unterstützung wird vom 10. Januar an ausbezahlt und soll zunächst auf die Dauer von vier Wochen gewährt werden. Die Unterstützungssätze betragen: wöchentlich 3 Mark für ledige oder alleinstehende Personen; Verheiratete mit Kindern über 14 Jahren erhalten 4 Mark und solche mit Kindern unter 14 Jahren 5 Mark. Unterstützungsberechtigter sind männliche Arbeiter, Handlungsgehilfen, Techniker und sonstige Privatangestellte, die mindestens ein Jahr in Mainz wohnen und seit dem 1. April regelmäßig beschäftigt gewesen sind. Die Kontrolle der Arbeitslosen erfolgt durch die Gewerkschaften; die Unorganisierten werden durch die Polizei kontrolliert.

Staatliche Subvention der Arbeitslosenklassen in Genf und Basel. Am 6. November des verflossenen Jahres, nach ziemlich langen Verhandlungen, stimmte der große Rat des Kantons Genf einem von dem sozialdemokratischen Ratsmitglied Nicolet eingebrachten Gesetzesentwurf zu, der ausschließlich die staatliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenklassen regelt. Nach diesem Gesetze, dessen vorläufige Gültigkeit auf 10 Jahre festgesetzt ist, garantiert der Staat „den gewerkschaftlichen Vereinigungen oder Gruppierungen, welche eine Arbeitslosenversicherungskasse besitzen, eine Subvention von 60 Prozent jeder Unterstützung, die jedem regelrecht eingeschriebenen Mitgliede dieser Klasse gewährt wird.“ Nur solche Organisationen erhalten diese Unterstützung, die sich alljährlich in der Staatskanzlei anmelden und die Bestimmungen des Gesetzes anerkennen. Danach müssen sie bei der Anmeldung im Handelsregister eingetragen sein, ein Exemplar der Statuten und des Reglements, soweit dieselben die Arbeitslosenunterstützung betreffen, deponieren und für die Arbeitslosenversicherung eine besondere Buchführung einrichten. Die Staatssubvention kann für jedes Mitglied nur für 60 Tage innerhalb eines Jahres reklamiert werden, und zwar nur für solche, die im Kanton Genf seit einem Jahre wohnen oder seit mindestens einem Jahre einer schweizerischen Vereinigung angehören. Arbeitslosigkeit, die die Folge eines Streiks, einer Krankheit, physischer Unfähigkeit oder eines Unfalles ist, berechtigt nicht zur Staatssubvention. — Die Gewerkschaften des Kantons Genf haben, trotz teilweise heftiger Opposition der Anarchisten, inzwischen fast ausnahmslos ihre Anmeldung bewirkt.

Der Kanton Baselstadt zahlte bisher der Arbeitslosenklasse des Arbeiterbundes 2000 Frs.

(anfänglich nur 1000 Frs.), derjenigen der „Typographia“ 400 Frs. jährliche Subvention, ohne daß ein besonderes Gesetz dies bestimmt hätte. Der große Rat dieses Kantons hat nun am 16. Dezember 1909 ebenfalls ein „Gesetz betreffend Errichtung einer staatlichen Arbeitslosenklasse und Unterstützung privater Arbeitslosenklassen“ genehmigt. Wie schon der Titel sagt, sieht dieses Gesetz auch eine selbständige staatliche Arbeitslosenklasse vor, mit Beiträgen des Staates, wie auch der Versicherten. Die Bestimmung über die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenklassen enthält leider hier die Bestimmung, daß die Unterstützung auch für solche fortfällt, welche infolge einer Aussperrung, der ein Streik oder eine Sperre im gleichen Gewerbe vorausging, arbeitslos sind. Jedenfalls aber bedeuten die erwähnten Gesetze einen begrüßenswerten Fortschritt auf dem Gebiete der Anerkennung der Pflicht des Staates, die Opfer der heutigen Wirtschaftsweise zu unterstützen.

Erfolgreicher Kampf der amerikanischen Buchbinder. Der in den letzten 2 Jahren, auch während der ärgsten wirtschaftlichen Depression, von der Organisation der amerikanischen Buchbinder geführte Kampf um den Achtstundentag ist bisher, mit Ausnahme der Stadt Akron, Ohio, im ganzen Verbandsgebiet mit Erfolg zu Ende geführt worden. Die Mitglieder zahlten von Anfang der Bewegung an für ein volles Jahr 5 Cents Ertrahetrag pro Woche, dann für 32 Wochen einen Beitrag in der Höhe von 5 Prozent des Wochenverdienstes, darauf für 35 Wochen 3 Prozent und seit dem Frühjahr 1909 1½ Prozent ihres Verdienstes an die Streikkasse. Der Verband zählt etwa 6000 Mitglieder, die also jetzt fast sämtlich den Achtstundentag haben.

Eine Verlagsausfall des Deutschen Holzarbeiterverbandes wurde kürzlich mit einem Stammkapital von 20 000 Mark gegründet. Die Gesellschaft ist eine G. m. b. H. Damit ist, wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet, einem lange gehegten Bedürfnis Rechnung getragen worden. Die einzelnen Verbände besitzen bekanntlich keine Korporationsrechte, d. h. sie können wohl verklagt werden, aber nicht widerklagen. Sie sind eben keine rechtsfähigen Körperschaften. Durch die Bildung der G. m. b. H. aber ist eine solche rechtsfähige Körperschaft geschaffen worden und alle Veröffentlichungen des Verbandes, Statistiken, Kalender, Protokolle, Jahrbücher, Fachblätter, ja selbst das Verbandsorgan, erscheinen jetzt nicht mehr wie bisher üblich im Verlage des Verbandes oder des Vorstehenden, sondern im Verlage der „Verlags-Gesellschaft des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H.“

Die Maschine. (9856 Tote und 133 109 Schwerverwundete sind nach den Berichten der deutschen Berufsvereinigungen im Jahre 1908 durch Betriebsunfälle auf dem Schlachtfeld der Arbeit geblieben.)

Ein gefrähtig Ungeheuer,  
Steht sie vor mir, die Maschine,  
Daß ich ihr mit Leib und Leben,  
Ihr mit Hirn und Knochen diene.

Ausgeföhligt vom Verstande,  
Daß der Fron sie uns entlaste,  
Werde sie zum Räuberwerkzeug  
Einer Unterdrückerkaste.

Und sie spannt mich in die Fohche,  
Stöhlt mir meines Lebens Tage,  
Daß sie für die Mammonspröhen  
Bares, blankes Gold drauß schlage.

Und sie raubt mir meine Kräfte,  
Saugt das Mark aus meinen Knochen,  
Münzt zu Gold es für die Reichen,  
Bis mir jäh die Kraft gebrochen.

Worbei wie ein schleichend Untier  
Lüchelt meine Ideale,  
Daß ich auch noch mit dem Herzen  
Zins den Unterdrückern zahle.

Und zuletzt, mit Eisenzähnen,  
Reißt mich selber sie in Feden,  
Daß mit meinem Blut und Hirne  
Wänden sich und Dienen nehen.

Andern bringt sie reiche Beute,  
Doch für mich gibt's kein Entrinnen —  
Ausgehogen bis aufs Letzte  
Werd ich von den Eisenspinnen.

Wann, o wann erscheint die Stunde,  
Da sie uns zum Wohle dienen,  
Da sie uns zu Helfern werden,  
Die entsehligen Maschinen?

E. Kl. im „Südd. Postillon“.